

Führung, für einen nach sowjetischem Vorbild endlich in Angriff zu nehmenden Erneuerungsprozess. Diese Entwicklung hatte sich innerhalb weniger Monate beschleunigt. Im Herbst 1987 noch in Bonn gefeierter und respektierter Gast mit markigen Sprüchen, hatte Honecker ein Dokument im Gepäck, das nicht nur die Systemauseinandersetzung hätte ändern können, sondern auch die innere Entwicklung. Denn im Vorfeld dieses ersten Besuches eines DDR-Staatschefs in der Bundesrepublik hatten SED und SPD ein Papier zum Dialog konträrer Ideologien ausgehandelt. Es anerkannte die Reformfähigkeiten beider verfeindeter Systeme. Ein Schlüsselsatz war aber auch, dass «die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Misserfolge, Vorzüge und Nachteile, ... innerhalb jedes Systems möglich sein (muss)».⁵ Was hier als Bedingung für den zwischenstaatlichen Dialog gefordert wurde, war nun auch in der DDR von jenen gefragt, die die Probleme ihres Landes und ihrer Gesellschaft sahen. Sie wollten hier und jetzt einen solchen Dialog. Genau der wurde verwehrt. Gleichzeitig suchten nicht wenige unter dem Dach der Kirche nach Antworten. 1987/88 rangen die christlichen Kirchen in der DDR um einen Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung, der konsequenterweise auf die Situation der eigenen Gesellschaft und ihrer Wirklichkeit von Gerechtigkeit fokussierte. In die Diskussionen flossen viele kritische Anmerkungen und Änderungswünsche ausgehend von der immer weniger akzeptierten DDR-Wirklichkeit ein. In einer Zuschrift aus einer Gemeinde wurde auf Negativerfahrungen verwiesen: «fehlende Freizügigkeit; Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher, Identitätsverlust bezüglich der Kategorien Heimat/Vaterland, Allmachtserfahrungen unter dem Staatsapparat, zunehmende Militarisierung/Ideologisierung der Gesellschaft», das erpresserische Nutzen der neuen Reiserregelungen durch die staatlichen Organe. Der Briefschreiber forderte, dass «die Ursachen der Unmündigkeit und Passivität der DDR-Bürger ... näher benannt werden (müssen): der Alleinvertretungsanspruch auf Wahrheit und Richtigkeit der Partei, Ideologisierung der gesamten Gesellschaft, Abgrenzungsmechanismen des Systems auf ökonomischem und humanitärem Gebiet (fehlende menschliche Kontakte/fehlende Wissenschaftskontakte verhindern globales Denken), Bruch von Außenpolitik und Innenpolitik (Vertrauensbildung und Dialogbereitschaft besonders betreffend)». Die Forderungen nach Veränderung finden sich in diesen Überlegungen ebenso: «uneingeschränkte Reisefreiheit der Familien, Überwindung der Abgrenzung, Respektierung der Menschenwürde, völkerrechtliche Einklagbarkeit der Menschenrechte». Letztlich gehe es um die «Übernahme bewährter bürgerlicher Demokratieinhalte».⁶

All dies war der DDR-Führung und ihren Sicherheitsorganen wohl bekannt, zwang sie doch gerade die nicht abreißende Zahl von Ausreiseanträgen zur Analyse: «unzureichende Reismöglichkeiten, mangelnde Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und hochwertigen Konsumgütern sowie Obst und Gemüse, Ersatzteilen, nicht zufriedenstellende Dienstleistungen, unzulängliche gesundheitliche Betreuung, Ansteigen der Lebenshaltungskosten (Lohn-Preis-Gefüge), Fragen des Umweltschutzes, soziale Probleme (Wohnraum, Beruf, persönliche Konflikte)».⁷ Ebenso erkannten sie als Gründe der

Ablehnung der DDR: «unbefriedigende Arbeitsbedingungen und Diskontinuität im Produktionsablauf; Unzulänglichkeiten/Inkonsequenz bei der Anwendung/Durchsetzung des Leistungsprinzips sowie Unzufriedenheit über die Entwicklung der Löhne und Gehälter; Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie über Herzlosigkeit im Umgang mit den Bürgern; Unverständnis über die Medienpolitik der DDR». Es wurde klarer, dass sich Teile der Gesellschaft gegen ihren Staat und seinen «Sozialismus in den Farben der DDR» stellten. Die internationalen Rahmenbedingungen waren andere geworden, Moskau suchte mit der Perestrojka erstmals den Weg für prosozialistische Reformen. Die Wirtschaftsprobleme im eigenen Lande wurden größer. Vor allem aber wollten die Menschen Gehör finden und mitreden. Aber selbst das realsozialistische Wahlsystem versagte ihnen das und führte sich mit Wahlfälschungen selbst ad absurdum, wie der «überwältigende Wahlsieg» der Nationalen Front mit 98,85 Prozent bei den Kommunalwahlen am 5. Mai 1989 nochmals bestätigte. Die oppositionellen Gruppen hatten schon im Vorfeld angekündigt, an den Stimmauszählungen teilzunehmen. Sie machten die Fälschung via Mundpropaganda und Westmedien publik. Seit dem 5. Juni gab es Proteste gegen die Manipulation der Wahlen. Sie verschmolzen mit den demonstrativen Aktionen für Ausreise, ihrem Gegenstück, den ersten Reformforderungen von Bürgerbewegten und gipfelten schließlich in den Friedensgebeten und der zunächst in Leipzig startenden Montagsdemonstrationen.

2. INSEL DER GLÜCKSELIGEN?

Die DDR stand in einer sich wandelnden Welt. Seit Ende der 1970er und der beginnenden 1980er Jahre hatten sich die wirtschaftlichen Herausforderungen verändert. Die neuen Produktivkräfte, der Vormarsch der Elektronik, die Veränderung im Inhalt der Arbeit, der höhere Anteil intelligenzintensiver Arbeit stellten die Industriestaaten vor neue wirtschaftliche und politische neue Herausforderungen. Nicht mehr das Fließband, die Produktion von Stahl machten die Stärke einer Wirtschaft aus, sondern die Fähigkeit zur umfassenden Intensivierung, zur Rationalisierung, zur Veränderung von Produkten und Arbeitsinhalten. Dirigismus und straffe Leitungskonzepte bewirkten immer weniger. Im Westen hatten mit Margaret Thatcher und Ronald Reagan Politiker die Verantwortung übernommen, die den Übergang zum Neoliberalismus, zu einer den Individualismus anbetenden, die traditionellen Arbeiterorganisationen entwaffnenden und die Wirtschaft in den Metropolen auf eine intelligenzintensive und finanziell profitable Bahn lenkende Produktionsweise vollzogen. Eine linke Antwort fiel aus. Die Niederschlagung der Wirtschafts- und Politikreformen im Ostblock, namentlich des Prager Frühlings

⁵ Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED/Grundwertekommission der SPD: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. In: ND vom 28. August 1987, S. 3. ⁶ Dokument 10. In: Christian Sachse (Hg.): "Mündig werden zum Gebrauch der Freiheit". Politische Zuschriften an die Ökumenische Versammlung 1987-1989 in der DDR. Münster 2004, S. 91f. ⁷ [Ministerium des Innern: Information über die Entwicklung und Zurückdrängung der Antragstellung auf ständige Ausreise nach der BRD und nach Westberlin – Berichtszeitraum 1.1.1989 bis 30.9.1989, hier S. 7 – pag. 30] BArch-SAPMO DY 30 IV 2/2.039/333. ⁸ ZAIG: Hinweise auf wesentliche motivbildende Faktoren im Zusammenhang mit Anträgen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland und dem ungesetzlichen Verlassen der DDR, 9.9.1989. In: Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.): Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989. Berlin 1990, S. 142.

und parallel zu ihm des Neuen Ökonomischen Systems in der DDR, hatte die Chance verbaut, mit mehr ökonomischen Hebeln, mit Gewinnorientierung und Leistungsanreizen Plan und Markt zu verbinden. Die Lösung der bestehenden Interessenkonflikte wäre nur durch ein flexibleres System der Artikulation und des Austragens möglich gewesen, das wurde jedoch von den dogmatischen Kräften in der SED nur als Bedrohung ihrer Macht angesehen. Demokratie, Öffentlichkeit, gesamtgesellschaftliche Suche nach alternativen Entwicklungswegen – daran mangelte es dem Realsozialismus, und dieser Mangel beschleunigte in der Krise Ende der 1980er Jahre seinen Untergang. Seit Anfang der 1980er Jahre zeigten sich in der DDR erste Krisensymptome: die Möglichkeiten, Devisen zu erwirtschaften und die anspruchsvollen, ja überzogenen Vorstellungen eines verbesserten Konsums mit Krediten und Importen zu erfüllen, scheiterten. Die deutlichen Warnsignale wurden nicht zur Kenntnis genommen: die latente Krise in Polen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, der zunehmende Verlust der ideologischen Bindungskraft und der wachsende Wille weiter Teile der Bevölkerung, über die Probleme miteinander und mit der politischen Führung zu reden. Nicht zuletzt hatte die neue Rüstungsspirale in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die Menschen auch im Osten und gerade in der DDR sensibilisiert. Die Modernisierung des sowjetischen Mittelstreckenraketenarsenals mit RSD-10 (im NATO-Code SS 20), die Antwort mit dem Nato-Nachrüstungsbeschluss, die Aufstellung zusätzlicher Kurz- und Mittelstreckenraketen auch in der DDR, die Angst vor einem unmittelbar bevorstehenden US-Raketenangriff 1982/83 angesichts der kriegerischen Rhetorik der USA hatten auch die deutschen Verbündeten der Supermächte aufgeschreckt. Die DDR und Honecker wollten die Risiken minimieren, suchten nicht zuletzt mit Helmut Kohl in Bonn eine «Koalition der Vernunft» und legten sich mit Moskau an. Aber erst mit der Wahl Michael Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU und seinen weit reichenden Abrüstungsvorschlägen und den Zugeständnissen Reagans begann sich die Einsicht von der Aussichtslosigkeit eines Kernwaffenkrieges in den beiden Blöcken durchzusetzen.

Die Systemauseinandersetzung hatte sich verändert, der neue Kalte Krieg ging scheinbar zu Ende. Die beiden deutschen Regierungen meinten es ernst mit einer neuen Entspannung, SED und SPD verhandelten über Zonen ohne Angriffswaffen in Mitteleuropa. Der Versuch Reagans, den Osten totzurüsten, stieß in Moskau endlich auf die Einsicht, dass man nicht mithalten könne und auf die Bereitschaft, das eigene Modell zu wandeln, zu reformieren. Die Anerkennung des Vorrangs der Menschheitsinteressen vor den Klasseninteressen und die «Freiheit der Wahl» sollten Klassenkampf und Systemauseinandersetzung ablösen. All dies hatte Folgen für die Einstellung zur DDR wie zur imperialistischen Bedrohung, zur Identifizierung mit dem eigenen System. Befragungen unter DDR-Lehrlingen belegten das Schwinden der Bereitschaft, das eigene Land zu verteidigen, angesichts der zunehmend schwindenden Bedrohungsangst. Waren 1986 noch 75 Prozent der Auffassung, dass der Wehrdienst vollkommen oder doch weitgehend nötig wäre und nur 12 Prozent ihn weniger oder mehr ablehnten, hatte sich dieses Verhältnis 1989 auf 39 zu 41 Prozent verschoben.⁹ Gleichzeitig zeigten sich die Wirtschaftsprobleme und die zentrifugalen Tendenzen in der

östlichen Supermacht. In Polen und Ungarn gäbe es, Reformen des Realsozialismus waren drängend, der systemsprenge Effekt wurde mehr und mehr realer. Spätestens mit der friedlichen Amtsübernahme durch eine nichtkommunistische Regierung im August 1989 in Warschau und den systemsprenge ungarischen Reformen gab es eine neue Situation – Gorbatschows Politik von Glasnost und Perestroika war nicht nur Rhetorik, sie war ernst gemeint. Fast unmerklich – trotz vieler Signale – änderte sich auch das Verhältnis zwischen Moskau, Bonn und Berlin. Das wurde vor allem mit Gorbatschows BRD-Besuch im Juni 1989 spürbar. Nicht nur die euphorische Begrüßung des ersten Mannes aus Moskau durch die bundesdeutsche Bevölkerung als Verfechter einer aktiven Friedenspolitik war bemerkenswert. In den Gesprächen mit Kohl wurde deutlich, dass sich auch in dem beiderseitigen Verhältnis zur DDR etwas veränderte. Kohl konnte US-Präsidenten George Bush mitteilen, Gorbatschows «Distanz zur DDR sei deutlich». Bonn wurde für Moskau als Partner für seine angestrebten ökonomischen Reformer wichtiger als die DDR. Die sowjetische Interessenlage verschob sich, und in Bonn spürte man dies genau, begünstigte es nachdrücklich und erlebte die DDR mehr und mehr als Bittsteller in ökonomischen Fragen.

3. DIE KRÄFTE DES WANDELS

Im Herbst geriet das Land in die existentielle Krise. Die einen wollten raus in den Westen, sahen die Zukunft nur noch in einem anderen Gesellschaftssystem, denn für sie hatte sich – trotz Perestroika in der Sowjetunion – angesichts der Starrsinnigkeit der Führung in der DDR der Sozialismus erledigt. Es sollten insgesamt 241.907 Menschen werden, die illegal das Land verließen und weitere 101.947, die 1989 dem Land legal den Rücken kehrten. Zunächst im Rahmen der seit Jahren von der SED-Führung zugelassenen legalen Ausreisen, die über ein Antragsverfahren liefen, meist die berufliche und gesellschaftliche Isolierung bedeuteten und in der Regel die Ablehnung des Staates noch verstärkten. Für die SED-Führung und ihren Generalsekretär waren sie Verräter, denen – so in einem von ihm redigierten ND-Leitartikel vom 2. Oktober 1989 – «keine Träne nach(zu)weinen»¹¹ sei. Das goss nochmals Öl ins Feuer, weil es die Unfähigkeit der Honecker-Führung belegte, die Tiefe der Krise zu erkennen und nach Auswegen zu suchen. Es hatte sich ein seltsames Gemisch unterschiedlicher Interessen und Ideale herausgebildet. Die Ausreisewilligen trafen zunächst am Rande der kirchlichen Freiräume auf jene, die für den Wandel der DDR eintraten, damit sich ein Hierbleiben lohne. Erstere hatten für sich mit der DDR und dem Sozialismus abgeschlossen, wollten einen Neuanfang in einem anderen System. Ihre Ablehnung der DDR-Gesellschaft wurde aber zum Auslöser von Widerstand

⁹ Berechnet aus Tab. 71: Veränderungen verschiedener Aspekte der Haltung zum Wehrdienst zwischen 1986 und 1988 (identische Population männlicher Lehrlinge) sowie Ende 1989. In: Peter Förster: Die Entwicklung des politischen Bewußtseins der DDR-Jugend zwischen 1966 und 1989. In: Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1999. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin 1999, S. 161. ¹⁰ Telefongespräch Kohl mit Bush, 15.6.1989. In: Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998, S. S. 832. ¹¹ Humanitärer Akt. Sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. In: ND vom 2. Oktober 1989, S. 2. ¹² Aufbruch '89 – NEUES FORUM. 10. September 1989. In: Wir sind das Volk. Aufbruch '89. mdv transparent. Teil 1: Die Bewegung. September/Oktober 1989. Halle 1990, S. 11. ¹³ Ebd., S. 12.

bei denen, die die DDR als eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus erhalten wollten. Hier bleiben und sich wehren – daran nahm die Bürgerbewegung zunächst Anstoß. Sie fanden es fatal, wie DDR-Führung und ihre Gegner auf Konfrontation gingen, ohne einen wirklichen Neuanfang zu suchen. «In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weit verbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische und zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein»,¹² so beendete der Gründungsauftrag des Neuen Forum die offizielle Sprachlosigkeit zu den Fluchten und der Krise.

Dabei zählte nur bedingt, dass die westliche Seite alles unternahm, um bei einer verbalen Beschwichtigungsrhetorik praktisch die Fluchten zu verstärken. Die West-Medien boten Resonanz, die ungarischen Zugeständnisse für eine Lockerung des Grenzregimes stießen auf politisches und, wie sich zeigte, auch wirtschaftliches Wohlwollen des Westens, namentlich der BRD. Seit dem 27. Juni bauten die ungarischen Grenzer die Sperranlagen ab. Die Organisation eines Paneuropäischen Picknicks am 19. August 1989 sorgte für die Öffnung der nur noch symbolischen Grenze und für jene Szenen, die die Fluchten anheizten, ebenso wie die – nur scheinbar – verschlossenen Tore der bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag oder Warschau. Bald waren die Botschaften überfüllt. Unter Missbrauch des Helferstatus der Malteser händigten bundesdeutsche Konsularkräfte in Budapest den Ausreisern ihre bundesdeutschen Pässe aus. Denn die DDR-Bürger waren dank der BRD-Gesetze auch 40 Jahre nach 1949 noch Staatsbürger der BRD und hatten ein Anrecht auf eine (west-)deutsche Staatsbürgerschaft. Diese Massenfluchten waren der Katalysator, der die bisher lose agierenden oppositionellen Kräfte zum Handeln und zur Organisation trieb. Während die SED-Führung nach einer überraschenden schweren Erkrankung Honeckers in dauernde Sprachlosigkeit verfiel, suchten sie eine Antwort auf die Fluchten, auf die gesellschaftliche Krise. Wieder wurde das Bild des «Dialogs» bemüht. Im September 1989 trat das Neue Forum als erste Bürgerbewegung massiv über Flugblätter in die Öffentlichkeit und verließ den kirchlichen Schutzraum: «Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialogs über die Aufgaben des Rechtsstaats der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land, nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Willen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen Gesellschaftlichen Entwicklung darauf an, dass eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozess mitwirkt, dass die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden.»¹³ Innerhalb weniger Tage formierten sich neue Bürgerbewegungen und eine erste Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SDP). Selbst in der SED begann es zu gären, wurde widersprochen, gab es vorsichtige und radikale Reformer. Dabei fing es in der 2,3-Millionen Regierungspartei ganz harmlos an. Noch im Dezember 1988 hatte auf dem 7. Plenum des ZK der SED die Führung die Genossen

für einen «Sozialismus in den Farben der DDR» gegen Perestroika-Gedanken immunisieren wollen und eine Kontinuität ihrer Politik bei weiterer Erneuerung versprochen, was nicht wenige eher als eine Drohung interpretierten. Den Abweichlern unter den Genossen wurde gedroht. Durch «systematische und zielstrebige parteierzieherische Einflussnahme» sollte jede Abweichung von der Parteilinie ausgeschlossen werden. Nachdrücklich wurde gewarnt: «Wer feindliche Ideologien oder Auffassungen vertritt, gehört nicht in die Partei ... Wer der gegnerischen Hetze und Demagogie erliegt, von dem trennen wir uns. Er hat das Recht verwirkt, den Ehrennamen eines Kommunisten zu tragen. Das gleiche gilt auch für Meckerer und ewige Nörgler.»¹⁴ Es blieb nicht bei Worten – zahlreiche Parteiverfahren sollten die Disziplin wieder herstellen.

Die Reformakteure im Herbst 1989 waren unterschiedlich, oft verfeindet. Das waren die Bürgerbewegungen sowie ihre Parteigründungen mit einem bereits zwiespältigen Verhältnis zum Sozialismus, wobei zunächst noch eine reformsozialistische Präferenz galt (Neues Forum, Demokratie Jetzt, Initiative für Frieden und Menschenrechte, Sozialdemokratische Partei, Vereinigte Linke, Grüne Liga, auch der frühe Demokratische Aufbruch); die SED-Reformer (am bekanntesten die Projektgruppe Moderner Sozialismus der Humboldt-Universität mit Dieter Klein, Michael Brie, Dieter Segert, Rosemarie Will u. a.); die sich zur Perestroika bekennenden Angehörigen des Machtapparates (Hans Modrow, Markus Wolf) sowie reformbereite Kräfte in den Blockparteien (wie Manfred Gerlach, der LDPD-Vorsitzende); und schließlich die partiell veränderungsbereiten Kräfte im SED-Apparat (Egon Krenz, Günter Schabowski, die «FDJ-Fraktion»). Mit unterschiedlicher Konsequenz agierten sie als Kräfte eines gesellschaftlichen Wandels, und – sich jedoch wechselseitig misstrauend – standen sie gegen die «Betonköpfe» in der SED-Führung um Erich Honecker.

Neben den Ausreisewilligen wurden von ihnen zunehmend auch die von außen einwirkenden bundesdeutschen (und anderen westlichen) Parteien, Institutionen und Medien als antisozialistische Kräfte wahrgenommen, die zunächst mehr oder minder nachdrücklich die Fluchtbewegungen förderten und nach dem Mauerfall vor Ort massiv in die politischen Prozesse eingriffen, zumeist mit dem Ziel eines raschen Anschlusses.

Die Ereignisse um die Ausreise der Prager Botschaftsflüchtlinge in Dresden und am Rande der Jubelfeiern wirkten als Katalysator und brachten das Fass zum überlaufen. Der Staat musste sich gegen das eigene Volk stellen, und innerhalb der Führung kam es zu einer Zerreißprobe. Die Fronten waren am 4. November klar: alte gegen neue Kräfte – selbst die Reformregierung Modrow wollte eine echte Koalition aller Reformkräfte, nicht jedoch die Bürgerbewegten. Noch gab es aber einen Konsens bei fast allen, die in der DDR einen Wandel dieses Landes suchten – sowohl innerhalb der SED als auch außerhalb in den Bürgerbewegungen: Alle wollten sie den Fortbestand dieses Staates für einen mehr oder minder langen Zeitraum, und sie wollten offensichtlich auch eine nichtkapitalistische Zukunft, wie dies etwa Demokratie jetzt forderte: «Was die sozialistische Arbeiterbewegung an sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gesellschaftlichkeit angestrebt hat, steht auf dem Spiel. Der Sozialismus muss nun

¹⁴ Informationen [Parteiinternes Informationsmaterial des ZK der SED]: Zum einheitlichen und geschlossenen Handeln der Mitglieder und Kandidaten. o.O. (Berlin). H. 1988/4. Nr. 245, S. 1, 2, 4.

seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muss.»¹⁵ Entscheidend dabei war, dass es nicht bei Protesten in Kirchen, bei Theaterveranstaltungen und im halböffentlichen Raum blieb. Seit September war der Montag in Leipzig bei Oppositionellen wie bei der Staatsmacht rot im Kalender angestrichen. Von Montag zu Montag gingen mehr Menschen nach einem Friedensgebet in der Nikolai-Kirche auf die Straße. Unmittelbar nach den von Zusammenstößen überschatteten Feierlichkeiten zum Republikjubiläum drohte der 9. Oktober in Leipzig zur Machtprobe zwischen Staat und Opposition zu werden. Allein die Zivilcourage von Bürgern und Parteifunktionären, die sich zu einem gemeinsamen Aufruf gegen Gewalt durchdrangen, sicherte den Bürgerfrieden. Das war das Verdienst von sechs bekannten Leipzigern: Gewandhauskapellmeister Prof. Kurt Masur, Theologe Dr. Peter Zimmermann, Kabarettist Bernd-Lutz Lange und die Sekretäre der SED-Bezirksleitung Leipzig Dr. Kurt Meyer, Jochen Pommert und Dr. Roland Wötzel. Durch die Unentschlossenheit der SED-Führung konnte dieser Montag zu einer Zäsur des Wende-Herbsts 1989 werden und sich der Gedanke «Keine Gewalt!» und die Einsicht in eine Sicherheitspartnerschaft durchsetzen.

4. DER THERMIDOR

Das Kräfteverhältnis und die Kräfte verschoben und veränderten sich erneut, als in einem kalten Staatsstreich die noch SED-Führung dem westlichen Drängen und den Erwartungen der Bevölkerung nachgab und ohne Vorleistungen die Mauer öffnen ließ. Nach der Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz, angesichts der fortlaufenden Montagsdemonstrationen in Leipzig und zunehmend auch in den meisten anderen Städten, stand die herrschende Partei vor der Entscheidung. Zwar hatte der innere Führungskreis um Egon Krenz, Günter Schabowski und Ministerpräsident Willi Stoph am 18. Oktober Erich Honecker – zunächst unter der vorgeschobenen Begründung schlechter Gesundheit – abgelöst, aber Krenz hatte es nicht verstanden, Führungs- und Reformkraft zu demonstrieren. Die Partei und die gesellschaftliche Ordnung in der DDR standen unter Druck. Das Volk wollte endlich spürbare Reformen, erobert darüber, dass Krenz das Wort «Wende» für sich in Anspruch nahm. Zum Knackpunkt entwickelte sich die Frage der Reisefreiheit. Zwei Tage nach der Demonstration vom 4. November, nachdem schon die DDR-Regierung zurückgetreten war, offerierte man einen Reisegesetzesentwurf, der zwar mehr Freizügigkeit versprach, aber doch wieder ein bürokratisches Verfahren bevorzugte, dass eher als neue Bevormundung denn als Großzügigkeit empfunden wurde. Eine sinnvolle Grenzöffnung wäre nur mit Bonner Hilfe zu erreichen gewesen, denn zwei Fragen blieben offen. Einmal die nach der Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft, die eine Veränderung des bundesdeutschen Selbst- und Verfassungsverständnisses bedeuten müsste, das seit 40 Jahren jeden DDR-Bürger automatisch als DDR-Bürger sah und außerdem auch seine Behandlung infolge der Einreise betraf. Für Bonn war die neue Situation erst recht Grund,

beharrlich zu bleiben: «Gerade die Ereignisse der letzten Tage und Wochen haben insbesondere unsere klare und feste Haltung in der Frage der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit für jedermann erkennbar bestätigt», wie der Bundeskanzler betonte. «Die Deutschen in der DDR sind und bleiben unsere Landsleute, die wir auf gar keinen Fall als Ausländer behandeln wollen und als Ausländer behandeln dürfen.»¹⁶ Unabhängig davon stand die Frage, wie eine zu erwartende massenhafte Besuchsbewegung in Richtung Westen bei einer nichtkonvertierbaren DDR-Währung und einer mittlerweile krisengeschüttelten Wirtschaft zu finanzieren war. Die auf den geheimen Kanälen laufenden Gespräche zwischen der DDR und Bonn brachten keine Fortschritte. Bonn konnte warten.

Der 8. November 1989 wurde zu einem Schicksalstag. Das ZK der SED trat endlich zu einer Reformtagung zusammen. Schon der Versuch, ein minimal geändertes Politbüro durch die ZK-Mitglieder absegnen zu lassen scheiterte, doch die Neuwahl stand unter dem Druck einer aufbegehrenden SED-Mitgliedschaft. Über Zehntausend demonstrierende Parteimitglieder vor dem ZK der SED quittierten die gerade getroffenen personellen Entscheidungen mit Hohn und Spott: «Frauenpolitik mit Inge Lange – da wird uns Angst und Bange!» SED-Bezirksleitungen verwarfen die Wahl ihrer einstigen Bezirkschefs noch am gleichen Tag.

Vor diesem Hintergrund musste der Reformansatz in Egon Krenz' Referat trotz eines Aktionsprogramms, das drei oder zwei Wochen früher noch „Revolution“ und „gorbatschowlike“ gewesen wäre, nur einen schwachen Schimmer abgeben. Außerdem ließ Kohl durch Emissäre wissen, dass er an diesem Tag einen Bericht zur Lage der Nation abgeben wird, in dem er die offizielle Zurückhaltung Bonns aufgeben und sich offen zur inneren Situation in der DDR äußern werde. Was er dann auch mit klaren Worten tat. Er betonte vor dem Bundestag – während fast zeitgleich die SED um einen Reformprozess rang: «Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird. Die SED muss auf ihr Machtmonopol verzichten, muss unabhängige Parteien zulassen und freie Wahlen verbindlich zusichern. Unter dieser Voraussetzung bin ich auch bereit, über eine völlig neue Dimension unserer wirtschaftlichen Hilfe zu sprechen. Dabei ist auch klar, dass ohne eine grundlegende Reform des Wirtschaftssystems, ohne den Abbau bürokratischer Planwirtschaft und den Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung wirtschaftliche Hilfe letztlich vergeblich sein wird. Einen grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Wandel in der DDR zu fördern ist unsere nationale Aufgabe.»¹⁷ Nur Antje Vollmer von den Grünen erkannte den „Pferdefuß“ diese wohlklingenden und undatierten Ultimatums. «Das heißt: Hilfe zu Ihren Bedingungen!»¹⁸ Während das SED-Zentralkomitee noch um einzelne Reformschritte und die Verantwortung der alten Führung stritt, machte unter den Politbüromitgliedern eine Vorlage zu einem neuen Reisegesetz die Runde, das endlich sowohl die dauerhafte wie

¹⁵ Gründungsaufwurf der Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT: Aufruf zur Einmischung in eigener Sache. In: Aufbruch '89 – NEUES FORUM. a.a.O., S. 14.

¹⁶ Helmut Kohl: Aufbruch zu Freiheit und Selbstbestimmung [Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, 8. November 1989]. In: ders.: Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991. Bd. 1. Bonn 1992, S. 236. ¹⁷ Ebd., S. 247. ¹⁸ Ebd.

die besuchsweise Ausreise mit minimalem bürokratischen Aufwand regeln sollte. Was das praktisch bedeuten würde, ahnten die meisten wohl nicht. Es war sicher eine halbwegs befriedigende Lösung der Reisefreizügigkeitsforderung, aber es gab weder eine Absprache mit Bonn, noch Klarheit über die praktische Umsetzung. Als am Abend Politbüromitglied und ZK-Sekretär Günter Schabowski als der Medienverantwortliche vor die Presse trat, war die Sensation – der faktische kalte Staatsstreich – perfekt. Auf die Frage eines italienischen Journalisten nach der Inkrafttreten und damit indirekt der Tragweite dieser Regelung konnte er nur noch stammeln: „Sofort, unverzüglich!«. Dank der raschen Verbreitung durch die Westmedien standen Tausende Bürger vor den Berliner Grenzübergängen und begehrten durchaus nicht aggressiv, aber entschieden, den Vollzug der neuen Regelungen. Grenztruppen und MfS-Einheiten waren nicht informiert, das zuständige Verteidigungsministerium in Strausberg war gelähmt, weil die Generale gerade zu dieser Zeit ihrem Minister und Politbüromitglied Heinz Keßler bei der Auswertung des Plenums zuhörten.

Gleichzeitig war dies nach den Oktoberereignissen der zweite Wendepunkt, weil die Sicherheitskräfte des Landes aus eigener Entscheidung heraus Blutvergießen verhinderten. Aber nun trat neben der Frage der Veränderung der DDR auch die der deutschen Einheit – also das Zusammengehen mit dem anderen System – auf die Tagesordnung: auf den Leipziger Montagsdemos zunehmend lautstark, in den politischen Formationen noch unterschwellig. Die Bundesregierung griff nun offen in den Umbruch ein, die Westparteien wurden zu Ratgebern für schnell gefundene Verbündete in den Reihen der neuen Bewegungen und vor allem der alten Parteien. Die antistalinistische Revolution von unten der Bürgerbewegungen, die mit Unterstützung der Reformer in der SED deren Allmacht erschüttern und beenden konnte, schlug mit der Grenzöffnung um. Wie noch jede Revolution erlebte auch diese ihren Thermidor, hier im Ergebnis des Eintretens des bundesdeutschen Akteurs in die inneren Auseinandersetzungen. Ein Modellwechsel hatte angestanden, stattdessen wurde ein Systemwechsel eingeleitet.

5. STAATSPARTEI ZWISCHEN MACHT UND REFORM

Für die linken Kräfte ist die Geschichte des Scheiterns der DDR bedrückend. Sie ist aber auch die – in die deutsche Einheit hineingerettete – Geschichte des wiedergewonnenen aufrechten Ganges: als demokratische Sozialisten im Osten Deutschlands. Denn die Mitglieder der SED machten im Herbst 1989 einen rasanten Emanzipationsprozess durch, in dem sie ihre Funktionäre unter Druck setzten, die Beteiligung der Parteilbasis an den Entscheidungen im November 1989 erzwingen und schließlich die eigene Führung zum Teufel jagten. Während viele DDR-Bürger am 10. November versuchten, möglichst schnell einen Blick über die Grenze in das gelobte Land zu werfen – und sich, genauso wie bei ihren Montagsdemos, einig waren, am nächsten Tag wieder zu Hause zu arbeiten und zu diskutieren – da versammelten sich im Berliner Lustgarten Hunderttausend SED-Mitglieder. Die neue SED-Führung glaubte, diesen Aufmarsch organisiert zu haben, aber es waren auch jene Basisinitiativen dabei, die

schon am Vortag die Wahlen und die Tagung im grauen Haus des ZK bissig und anfeuernd begleitet hatten. Diese Genossen wollten nicht die schnelle Begrüßungsgeld-DM abholen und noch weniger wollte die Mehrheit von ihnen der neuen Parteiführung mittels eines Bades in der Menge huldigen. Die Forderungen der Menschen im Lustgarten waren klar und unverstellt: Sie wollten, dass die SED mit den Reformen ernst macht. Dabei gab es einen Knackpunkt, an dem sich die Geister schieden, der aber die neue Rolle des erwachten Parteisouveräns zum Ausdruck brachte: Nicht eine Parteikonferenz, sondern ein Parteitag mit neu gewählten Delegierten sollte über die Führer und die Reformpolitik entscheiden. Letztlich mussten sich Egon Krenz und sein Politbüro fügen: am 13. November machte sie das wesentliche Zugeständnis.

Dieser Tag sollte noch in anderer Hinsicht für das Schicksal der DDR und der SED ausschlaggebend werden. Eine der wenigen fast einhellig begrüßten Entscheidungen des ZK-Plenums war die Designation Hans Modrows, des bisherigen 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Dresden, als Kandidaten für den Posten eines Regierungschefs. Modrow haftete der Nimbus des Hoffnungsträgers an, er galt zu Honeckers Zeiten zu recht nicht als Betonkopf, sondern als volksnaher, realitätsbezogener Politiker, der zudem aus seinen Sympathien zu Gorbatschows Perestroika kein Geheimnis machte. In den entscheidenden Oktobertagen, als Dresden auf einmal zum Verkehrsknoten für die aus Prag via DDR ausreisenden DDR-Bürger wurde und der Dresdner Hauptbahnhof zum Schauplatz ernster Zusammenstöße, da sorgte er mit seinem Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer dafür, dass möglichst schnell endlich miteinander geredet wurde, dass die dortige Keimzelle der Bürgerbewegungen, die Gruppe der 20, als Gesprächs- und Verhandlungspartner akzeptiert wurde. Nun also sollte Modrow den Karren DDR aus dem Dreck ziehen. Am 13. November wählte ihn die Volkskammer, erstmals seit dem offenen Krisenausbruch zusammentretend und auf einmal sich ihrer eigenen politischen Rolle bewusst werdend, zum Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Auf dieser Volkskammertagung spitzt sich die Krise noch weiter zu, als neue – die alte Staatsführung desavouierende – Informationen ihre offizielle Bestätigung finden: die einer fatalen wirtschaftlichen Lage und der zumindest für DDR-Verhältnisse hohen Staatsverschuldung. Diese Volkskammertagung steht unter dem Stern der endgültigen Selbstdemontage der alten Führung. Während die Wirtschaftspolitiker, insbesondere Stoph und Gerhard Schürer als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, nur den wirtschaftlichen Krisenstatus bestätigen können, wird der Auftritt eines Ex-Politbüromitglieds zum Desaster. Der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke soll seine Politik rechtfertigen und erweist sich doch nur als ein bis dato fast Allmächtiger, der aber doch nur ein Greis ist. Sein «Aber ich liebe euch doch alle» war durchaus ernst gemeint – das kann man jedoch nur dann verstehen, wenn man die fatale Liebesbeziehung eines patriarchalen Systems in Betracht zieht. Mielkes Ausrutscher stellte letztlich die Sicherheitskräfte der bisherigen DDR bloß und entwaffnete sie moralisch – nicht zuletzt die unter ihm dienenden MfS-Mitarbeiter. Unter diesen Vorzeichen konnte die Wahl Modrows und dessen Entscheidung, als Ministerpräsident aller DDR-Bürger anzutreten, nur einen Bruch mit dem bisherigen System bedeuten. Die in der Verfassung festgeschriebene Führungsrolle der

SED, die ihn noch auf seinen Posten gebracht hatte, wurde durch den Lauf der Ereignisse, auch durch seine Partei und ihn selbst durch einen Volkskammerbeschluss am 1. Dezember außer Kraft gesetzt. Er vollendete frühzeitig eine Neuorientierung der Partei, deren Mitglieder und viele ihrer Funktionäre einen Abschied von einem administrativ-zentralistischen, stalinistischen Sozialismusmodell wollten. Sie hatten den sowjetischen Perestroikaweg für sich akzeptiert und wollten die politische Krise des Landes mit einer erneuerten Partei überwinden. Ihnen war klar, dass die Erneuerung der Partei und die Ausschaltung der bisherigen Spitzenfunktionäre unerlässlich waren. Allerdings, ihr Lernprozess vollzog sich parallel und ihm Nachtrab zu den gesellschaftlichen Aufbrüchen der Bürgerbewegungen, der breiten Öffentlichkeit, die seit Oktober von Tag zu Tag schärfer Missstände anprangerten, die Grenzen der Demokratie kritisierten und neue demokratische Verhaltensweisen erzwangen.

Für die SED-Mitglieder war die kritische Begleitung der neuen Führung unter Krenz, vor allem aber die Ablehnung seiner halbherzigen Politik, ausschlaggebend. In der Partei begannen sich zunächst in der Auseinandersetzung um die Parteikonferenz, dann um den außerordentlichen Parteitag, neben den bereits existierenden intellektuellen Zirkeln der Vertreter des Modernen Sozialismus an der Humboldt-Universität und an anderen akademischen Einrichtungen nun unmittelbar Parteiorganisationen neu zu formieren und parallel zu verschränken. Schlüsselbereiche waren dabei die Humboldt-Universität, die Akademie der Wissenschaften, das Werk für Fernsehelektronik und der Rundfunk der DDR. Diese alternativen Parteistrukturen drängten nicht nur darauf, am Parteitag teilzunehmen – sie sorgten auch dafür, dass reformorientierte Kräfte in den Delegiertenwahlen und bei der Neuformierung der Parteiorganisationen sich durchsetzen konnten. Angesichts der Destruktionspolitik der Führung waren diese Kräfte gemeinsam mit der zweiten Reihe der Parteifunktionäre, die sich in den Bezirksorganisationen mittlerweile durchgesetzt hatten, bereit, die eigene Führung noch vor dem Parteitag zu entmachten. Zweifellos bedeutete dieses Vorgehen ein gewisses Risiko, war jedoch angesichts der sich verschärfenden inneren Krise, der zunehmenden Konfliktbereitschaft von Teilen der Bürger und der Zuspitzung des Streits um das MfS eine Flucht nach vorne. Denn es darf nicht vergessen werden: Ende November, Anfang Dezember brodelte es überall in der DDR. Aufforderungen zu einem Generalstreik machte die Runde, in Dienststellen des MfS-Nachfolgers AfNS stoppten aufgebrachte Bürgerbewegte die Aktenvernichtung. Bürgerkrieg lag in der Luft, zumal der ganze Ostblock aus den Fugen geriet. Längst hatten sich die Proteste vom Süden bis in den Norden ausgebreitet. Tag für Tag gab es neue Enthüllungen durch die sich endlich frei fühlenden Medien – über bisher Verschwiegene, über – wie sich später herausstellen sollte – offene oder lancierte Fehlmeldungen, über lange geheim gehaltene Verfahrensweisen der alten DDR-Führung (vom vermeintlichen Luxusleben in Wandlitz über den geheimen Waffenhandel bis zu den verdeckten Handelsbeziehungen des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, dessen Chef Alexander Schalck-Golodkowski sich just an diesem Wochenende in den Westen absetzte). Die ZK-Tagung am 3. Dezember, zeitgleich mit den meisten Kreisdelegiertenkonferenzen, war von Demonstrationen unzufriedener Genossen beherrscht und

von dem Vorstoß einiger Bezirkssekretäre, die das Politbüro und das ZK zum Rücktritt drängten. Ein Aktionsausschuss unter Herbert Kroker, einem ehemaligen Kombinars-Generaldirektor, der von Günter Mittag entlassen worden war und der nun 1. Bezirkssekretär in Erfurt war, nahm die Tätigkeit auf. Ein Mitglied dieses revolutionären Gremiums sollte zur Schlüsselfigur der künftigen Partei werden, Gregor Gysi. Als Verantwortlicher für die Untersuchung von Machtmissbrauch konnte er zwar weniger die persönlichen Verfehlungen, wohl aber die Systemschwäche der alten Führung aufdecken. Während das Land tobte, Menschenmengen das Ende der SED-Herrschaft forderten, der Ruf nach der deutschen Einheit lauter wurde und die anderen politischen Kräfte sich mehr und mehr von DDR und Sozialismus abwandten und die Gefahr eines Bürgerkriegs heraufzog, sorgte der Aktionsausschuss gemeinsam mit den neu gewählten Parteistrukturen als auch mit den informellen Strukturen dafür, dass der Außerordentliche Parteitag vorgezogen wurde.

Er trat in einer dramatischen Atmosphäre am Abend des 8. Dezember in der Berliner Dynamo-Sporthalle-Halle in Berlin-Hohenschönhausen zusammen. Auf seiner 1. Sitzung stand eine entscheidende Frage im Raum: Will die SED – unter welchem Namen auch immer – sich selbst erneuern, die Verantwortung für die Leistungen und die Verfehlungen von 40 Jahren DDR übernehmen und sich trotzdem oder gerade deswegen der politischen Verantwortung stellen? In einer harten Nachtsitzung rangen die Delegierten um ihre Partei. Die SED bekannte sich zu ihrer Verantwortung, entschuldigt sich für ihre Fehler und wollte auch für die Zukunft politische Verantwortung übernehmen. Sie entwickelte ein Programm für einen demokratischen Sozialismus und einen eigenständigen Weg der DDR. Vor allem aber: sie bekannte sich unwiderruflich zum «Bruch mit dem Stalinismus als System»¹⁹, ihrem immer wieder umstrittenen Markenzeichen auch in der Zukunft.

Gregor Gysi schwor die Delegierten auf einen Neuanfang ein: «Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Land (...) Die Krise des administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Land kann nur dadurch gelöst werden, dass die DDR einen dritten Weg jenseits von stalinistischem Sozialismus und Herrschaft transnationaler Monopole geht ... Diese Orientierung ... legt die demokratischen und humanistischen Quellen und Inhalte unserer Traditionen in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung frei und nimmt sie auf. Dazu gehören insbesondere sozialdemokratische, sozialistische, nicht stalinistisch-kommunistische, antifaschistische und pazifistische Traditionen. Es geht nicht um neue Tapeten, wir wollen eine neue Partei.»²⁰ Der Wechsel des Parteinamens zur SED/PDS war nur der offizielle Ausdruck dieses Neuanfangs, so wie der große Besen, den der frischgebackene Parteiführer erhielt. Die Vorgeschiede und der Verlauf des Außerordentlichen Parteitags

15 Gründungsauftrag der Bürgerbewegung DEMOKRATIE JETZT: Aufruf zur Einmischung in eigener Sache. In: Aufbruch '89 – NEUES FORUM. a. a. O., S. 14. **16** Helmut Kohl: Aufbruch zu Freiheit und Selbstbestimmung [Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, 8. November 1989]. In: ders.: Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989-1991. Bd. 1. Bonn 1992, S. 236. **17** Ebd., S. 247. **18** Ebd. **19** So die entscheidende Formulierung in Michael Schumann: Zur Krise in der Gesellschaft und ihre Ursachen. In: Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Berlin 1999, S. 179. **20** Gregor Gysi: Zur Formierung einer modernen Partei des demokratischen Sozialismus. In: ebd., S. 51, 52, 53.

markierten einen Wendepunkt in einer fast 75jährigen Geschichte der radikalen Linken in Deutschland und eröffneten erstmals im Osten die Chance für einen demokratischen Sozialismus. Aus der Niederlage heraus machten die reformbereiten Reste der SED den Weg frei für einen neuen, langen Kampf der sozialen Befreiung und legten die Grundlage für eine Vereinigung auch mit Linken unterschiedlicher Ausrichtung im künftigen vereinten Deutschland.

6. REFORMREGIERUNG UND RUNDER TISCH

Mit der Maueröffnung änderten sich das politische Kräfteverhältnis und die Felder des politischen Streits deutlich. Was zunächst als ein «Schnupperkurs» in Richtung Westen begann wurde schnell zum Problem. Die Massenfluchten und der Wille vieler Menschen zur Ausreise ließen nur bedingt nach. Die Besuche im Westen offenbarten die Defizite des DDR-Konsumangebots und die DDR-Bürger standen nach dem Verbrauch des Begrüßungsgeldes mit leeren Händen da, wollten die Warenfülle weiter haben. Gleichzeitig verstärkte sich der Druck gegen die bisherige SED-Politik und den Sozialismus immer mehr. Seit dem 17. November tauchte statt

«Wir sind das Volk!» immer häufiger die Losung «Wir sind ein Volk!» auf den Leipziger Montagsdemonstrationen auf. Schon sprachen Bürgerrechtler wie Konrad Weiß von einer gesamtdeutschen Lösung, immerhin noch mit dem Versuch der Rettung von DDR-Resten. Die CDU warf ihre «Blockflöten»-Vergangenheit schnell ab, träumte noch von einer demokratisierten Gesellschaft, hob bereits gesamtdeutsche Ideen auf's Tapet.

Im Westen wurde mit dem 10-Punkte-Plan Kohls offen der Weg in die Einheit eingeleitet, zunächst nur von Washington gedeckt und von Paris, noch mehr von London, misstrauisch beäugt. Im Osten stand die Supermacht Sowjetunion sowieso schon vor ihrer Kapitulation im Kalten Krieg, den sie am 2. Dezember in Malta vollzog. Die DDR stand für sie zur Disposition. Es galt das alte Rapallo-Prinzip: ein neutrales – mit Moskau freundlich verbundenes – einiges Deutschland. Moskau bekräftigte seine Großmachtinteressen statt wie bisher dem «sozialistischen Internationalismus» zu folgen. Die Zeitgenossen in politischer Verantwortung wurden wie die Bürger von den Ereignissen überrollt. Die Schriftstellerin Christa Wolf hatte Recht: die Worte veralteten im Munde.

Für eine Würdigung des letzten Jahres der DDR ist die Darstellung der konstruktiven Ansätze für eine Erneuerung des Landes und einer sich sozialistisch verstehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ausschlaggebend.

Hier ist zum einen die Arbeit der Modrow-Regierung als «eine(r) Regierung der Koalition, eines neuverstandenen kreativen politischen Bündnisses»²¹ mit den von ihr – zuerst von der Straße und der Basis – veranlassten politischen Reformen sowie den Ansätzen einer umfassenden marktsozialistischen Wirtschaftsreform zu nennen. Eingebettet in die politischen, Verwaltungs-, Bildungs- und anderen Reformen und im Einklang mit einer radikal zu verbessernden Umwelt ging es um eine «Wirtschaftsreform, die zum Ziel haben muss, die Eigenverantwortung der wirtschaftenden Einheiten zu erhöhen, um die Effektivität ihrer Arbeit bedeutend zu vergrößern, die zentrale Leitung und Planung auf das erforderliche vernünftige Maß zu reduzieren sowie – vielleicht ist das die komplizierteste Aufgabe – das Leistungsprinzip mehr und mehr durch-

zusetzen ... Die sorgfältige, unvoreingenommene Prüfung der Subventions- und Preispolitik ist in diesem Rahmen eine besondere Aufgabe.»²² Natürlich wurden in der verbleibenden Zeit diese Ansätze kaum noch praxiswirksam, sind aber als Transformationsansätze für staatssozialistische Gesellschaften ebenso interessant wie als Elemente einer generell marktsozialistischen Alternative zum Kapitalismus. Es sind aber auch die Grenzen dieses Reformversuchs – vor allem hinsichtlich der Geschwindigkeit und Reichweite der politischen Reformen, des Einbeziehens der Bürgerbewegungen und der Konflikte um das Schicksal der Staatssicherheitsorgane – zu sehen.

Ein zweiter wesentlicher Punkt bestand in der umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft. In den Betrieben und Einrichtungen wurde diskutiert. Einzigartig in der deutschen Geschichte: Die Leiter und Chefs mussten sich Vertrauensabstimmungen unterziehen. Drittens, die wichtigste demokratische, basisdemokratische Errungenschaft des Herbstes 1989 sind die Runden Tische auf zentraler wie auf anderen Ebenen. Hier griffen die neuen Bewegungen entsprechend ihren Forderungen und im Einklang mit der Massenstimmung des Oktober und beginnenden November in die politische und gesellschaftliche Gestaltung der DDR ein.

Sie waren durch die Unterschriften, die Versammlungen und Foren in allen Bereichen – «durch die Straße» – legitimiert. Nach einer kirchlichen Initiative gelang es am 7. Dezember alte und neue politische Kräfte in Berlin im Dietrich-Bonhoeffer-Haus an einen Tisch zu bringen. Der Zentrale Runde Tisch – stellvertretend für viele vergleichbare Strukturen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und in allen Ebenen (vom Runden Tisch an der Akademie der Wissenschaften bis zum Runden Tisch zur Militärreform) trat mit Teilnehmern aus den alten Parteien SED, CDU, DBD, LDPD, NDPD einerseits, und Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Grüne Partei, Initiative Frieden und Menschenrechte, Neues Forum, SDP, Vereinigte Linke, Unabhängiger Frauenverband andererseits sowie dem FDGB zusammen. Bezeichnenderweise wurde er durch drei Kirchenvertreter – Martin Ziegler für den Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, Karl-Heinz Dücke für die katholische Berliner Bischofskonferenz und Martin Lange für die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen – moderiert. Der Zentrale Runde Tisch sah sich in Verantwortung für «unser in eine tiefe Krise geratenes Land, seine Eigenständigkeit und seine dauerhafte Entwicklung». Er forderte «die Offenlegung der ökologischen, wirtschaftlichen und finanziellen Situation». Bis zu freien Wahlen wollte er informiert und einbezogen sein in alle «wichtigen rechts-, wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen». Und in harter Auseinandersetzung mit den Altparteien und der Regierung setzte er sein Verständnis von der Aufgabe der Runden Tische als «Bestandteil der öffentlichen Kontrolle» durch.²³ Letztlich bildete sich in der DDR eine Art Doppelherrschaft heraus, die sich erst mit der Einbindung der Parteien des Zentralen Runden Tisches in die zweite Modrow-Regierung normalisierte.

Er entstand als Versuch, die politische Lage zu beruhigen, strebte eine Kontrollfunktion über die Regierung an und wurde schließlich zum wirklichen Partner der Regierung nach

²¹ Diese Regierung wird eine Regierung des Volkes und der Arbeit sein. Erklärung von Ministerpräsident Hans Modrow. 12. Tagung der Volkskammer. In: ND vom 18./19. November 1989, S. 3. ²² Ebd. ²³ Selbstverständnis [des Runden Tisches]. [Beschluss] 1. Sitzung, 7. Dezember 1989. In: Uwe Thaysen (Hrsg.): Der zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. Bd. I: Aufbruch. Wiesbaden 2000, S. 62.

der Krise vom Mitte Januar, als Teile der Bürgerbewegungen ihr zentrales Problem, die Auflösung des MfS, in Angriff nahmen – was mit einem Sturm auf die MfS-Zentrale einherging und eine gefährliche Situation entstehen ließ. Modrow und die Bürgerbewegungen mussten aufeinander zugehen und einen Ausgleich suchen, der schließlich mit der Entsendung von Bürgerrechtlern in eine Regierung der Nationalen Einheit endete.

Der Zentrale Runde Tisch, dessen Tagungen live im Fernsehen übertragen wurden, entzauberte für viele Bürger allerdings rasch die Demokratie: Gezeigt wurden neben Diskussion und dem Ringen um beste gemeinsame Standpunkte viel Streit und weniger erfreulichen Arabesken demokratischen Tuns. Die Arbeit des Zentralen Runden Tisches machte deutlich, wie schnell scheinbar machtferne neue Kräfte die Verantwortung wahrgenommen und sich in die Konzipierung einer Politik für eine erneuerte DDR eingearbeitet hatten.

Letztlich wurde die Frage der deutschen Einheit zum springenden Punkt. Modrow musste an der Spitze seiner neuen Regierung einsehen, dass der Weg in die Einheit nicht aufzuhalten war. Die massiv vom Westen angeheizte Stimmung auf der Straße – nachdrücklich bei Kohls Besuch in Dresden am 19. Dezember spürbar –, das Umschwenken der CDU wie der konservativ ausgerichteten Bürgerbewegungen und neuen Parteien (DA, DSU, die liberalen Parteien) auf einen möglichst raschen Zusammenschluss beider Staaten, sorgten für einen mehr und mehr unausweichlichen Gang in die deutsche Einheit. Hatte Modrow schon das Vorziehen der Wahlen bestätigen müssen, so begriff er nun die Signale aus Moskau. Ende Januar konnte er nur noch konstatieren, dass er sich mit Gorbatschow geeinigt hatte. Moskau war nicht mehr bereit, sich für die DDR zu engagieren und wollte nun seine Zustimmung für die Einheit belohnt kommen. Als am 30. Januar 1990 Modrow aus Moskau zurückkehrte und sein Konzept einer schrittweisen Einheit über eine Konföderation «Deutschland einig Vaterland» verkündete, da hatte er nur die Tatsachen anerkannt. Allein seine eigene Partei, die SED/PDS – die sich mühsam erneuernde Staatspartei der DDR –, und die Bürgerbewegungen waren entsetzt, fügten sich aber. Nur die Vereinigte Linke zog ihre Konsequenzen und gab die gerade erst zugestandene Mitarbeit in der Modrow-Regierung auf. Es galt nun, die letzten Verteidigungsbastionen zu errichten und hier war der Runde Tisch und seine Bürgerrechtsbasis ausschlaggebend: Die Sozialcharta, das Gewerkschaftsgesetz und das Treuhandgesetzes sollten den Rahmen schaffen, den nicht mehr aufhaltbaren Weg in die Einheit selbstbewusst zu gestalten und die Errungenschaften der DDR zu verteidigen. Bleibendes Vermächtnis des Runden Tisches und des 41. Jahres der DDR, in dem sie die Chance für eine demokratische und sozialistische Erneuerung hatte, war der Verfassungsentwurf des Zentralen Runden Tisches – getragen von allen dort versammelten Kräften und entgegen der bereits seit Februar nicht mehr zu übersehenden wahlkämpferischen Instrumentalisierungsversuche durch die bundesrepublikanischen Parteien. Die neu gewählte Volkskammer mit ihrer Mehrheit der Einheitsbefürworter wischte diesen Entwurf mit einer Handbewegung vom Tisch. Die Sorge vieler Intellektueller, dass die Einheit das Ende einer Alternativen zum Kapitalismus auf deutschen Boden sein könnte, erstmals und nachdrücklich schon im November 1989 im Aufruf Für unser Land manifestiert, sollte sich bewahrheiten.

7. MACHTPROTZ KOHL

Schlüsselfrage des Schicksals der DDR und ihrer zunächst revolutionären Erneuerung wurde der massive Eingriff der Bundesrepublik, ihrer Regierung und ihrer Parteien in die innere Entwicklung der DDR. In Bonn wurde schon früh ausgelotet, inwieweit die DDR-Krise die Chance für eine Lösung der deutschen Frage im Interesse des Westens bedeutete. Zwar hatte die Bundesregierung offiziell versprochen, die DDR nicht destabilisieren zu wollen – die praktische Einflussnahme auf die Flüchtlingsströme ließ diese jedoch nur noch weiter anschwellen. Der Starrsinn der SED-Führung passte hier gut in das Konzept Bonns. Noch vor der Regierungserklärung Kohls am 8. November verständigte sich im Bundeskanzleramt die Staatssekretärsrunde ausführlich über das weitere Vorgehen, das schließlich von Erfolg gekrönt war. Die Bonner Runde schätzte ein, «dass die neue Führung [der SED und der DDR – St.B.] eine grundlegende Sanierung der Wirtschaft anstrebt, wohl auch mit weit reichenden Änderungen des wirtschaftlichen Systems, jedoch grundsätzliche Reformen der politischen Struktur vermeiden möchte, insbesondere nicht zu einer Beschränkung des Machtmonopols der SED und zu Zugeständnissen in Richtung auf Pluralismus bereit ist.» Der Pferdefuß der DDR-Wünsche ist diesem Kreis klar, denn die DDR «erwartet von uns massive finanzielle und technische Unterstützung für ihre Sanierungsbemühungen bei gleichzeitigem Verzicht auf Versuche unsererseits, auf eine politische Systemänderung hinzuwirken.

Objektiv kann die DDR – jedenfalls kurz- und mittelfristig – nicht hoffen, von jemand anderem als von uns wirtschaftliche Hilfe in dem benötigten Umfang zu erhalten.» Die Konsequenz, die gezogen wird, sollte die weitere Entwicklung im bundesdeutschen Interesse vorantreiben. Denn «Reformen in der Wirtschaft – selbst wenn man sich strikt auf diesen Bereich beschränken will – (entwickeln) eine eigene Dynamik ... und (zwingen) kraft Sachzwangs auch zu Wandlungen im politischen System. Aufgrund unseres Interesses an einer evolutionären Entwicklung, die zu besseren Lebensverhältnissen, längerfristig aber auch zu mehr Freiheit in der DDR führt, sollten wir den Wunsch der DDR nach Zusammenarbeit daher nicht zurückweisen. Diese Zusammenarbeit darf jedoch nicht so gestaltet werden, dass sie der Stabilisierung des Systems und des Regimes dient, vielmehr muss der Veränderungsdruck aufrechterhalten werden ...» Förderung der Reisen in die Bundesrepublik, fortgesetzte Aufnahme von DDR-Übersiedlern, dosierte wirtschaftliche Leistungen zur Unterstützung dieses Grenzverkehrs, Ausloten der neuen Möglichkeiten für Joint-Ventures und das Vertrösten auf ernsthafte Kredite erst nach den Volksammerwahlen gehörten zum Bonner Repertoire. Sie entsprach den Intentionen jener DDR-Bürger, die bereits den Weg in den Westen angetreten hatten und jenen, die in der DDR den Sozialismus bereits abgeschrieben hatten.

Die Erwartungen der neuen politischen Kräfte in der DDR waren andere. Sie wurden nochmals beim Besuch einer DDR-Regierungsdelegation in der bundesdeutschen Hauptstadt am 13./14. Februar 1990 offensichtlich. Kohl bekräftigte zwar sein Angebot für eine Wirtschafts- und Währungsunion, lehnte aber gleichzeitig einen Solidarbeitrag von 15 Mrd. DM rundweg ab.

24 Besprechung der beamteten Staatssekretäre, Bonn (6.11.1989). Vorbemerkung. In: Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. a.a.O., S. 1366-1369.

In der Sitzung der gesamten Delegationen beider Seiten bekräftigten die Vertreter der neuen Gruppierungen die Linie der Sicherung der DDR-Interessen. Wolfgang Ullmann von Demokratie jetzt wandte sich gegen einen Anschluss nach Art. 23 Grundgesetz. Rainer Eppelmann vom Demokratischen Aufbruch wollte die Erwartungen und Ängste der DDR-Bürger berücksichtigt sehen. «Man müsse der DDR ein wenig Zeit lassen. Man müsse zur eigenen Identität finden, alte Feindbilder abbauen zwischen beiden Staaten und auch innerhalb der DDR ... Der Patient DDR sei noch nicht tot. Er brauche keine Totaloperation, sondern eine Penizillin-Spritze.» Matthias Platzek, Grüne Partei, erinnerte, «dass die Bewegung, die im Oktober mit dem Ziel der Selbstbestimmung angetreten sei, diese erhalten wolle». Deshalb lehne er bundesdeutsche Fremdsteuerung und Wahlkampfeinmischung ab und warf dem Kanzler vor, nicht früher Hilfe gewährt zu haben. «Mit den «Brüdern und Schwestern» dürfe man nicht taktieren. Die Ziele des Oktobers dürften nicht umsonst gewesen sein.» Gleichzeitig kritisierte er die massive bundesdeutsche Einmischung in den Wahlkampf. Wohl nicht nur dazu erwiderte Kohl brüsk, «man könne nicht erwarten, dass sich die BRD-Parteien aus dem Wahlkampf der DDR heraushalten. Es gebe gemeinsame Traditionen.»²⁵

Die massive Präsenz Bonns – spätestens seit Kohls 10 Punkten und endgültig mit dem der wirtschaftlichen Vernunft widersprechenden Entscheidung für die Einführung der DM – bot aber auch allen Unentschlossenen und über die Schwierigkeiten einer Reform Besorgten die Möglichkeit, das Gesellschaftsmodell zu wählen, das funktionierte, das Glamour, Konsumgüter und funktionierende parlamentarische Demokratie versprach. Dafür war Kohl bereit, wirtschaftliche Risiken einzugehen. Die frühzeitige Erklärung für eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der raschen Einführung der D-Mark in der Noch-DDR am 6. Februar brachte der von der West-CDU favorisierten Allianz für Deutschland am 18. März den Wahlsieg. Entgegen den Warnungen des Bundesbankpräsidenten Karl-Otto Pöhl wie der Wirtschaftsweisen, ganz abgesehen von der SPD-Opposition, wurde dieses Konzept durchgesetzt, um ein verbindliches Signal für die Einheit unter bundesdeutschen Vorzeichen zu setzen und gleichzeitig rasch vollendete Tatsachen zu schaffen. Um die westeuropäischen Verbündeten in ihrer Skepsis zu bremsen, erklärte sich die Bundesregierung parallel für den Ausbau der Europäischen Union und eine hier anzustrebende Wirtschafts- und Währungsunion, die schließlich zur Euro-Zone führen sollte, bereit.

8. DIE GEWONNENEN WAHLEN UND DER VERLORENE STAAT

Nach der Entscheidung für Volkskammerwahlen blieb offen, wer sie gewinnen könnte. Eines hatten alle Parteien jenseits der SED/PDS deutlich gemacht: mit der alten Führungspartei wollten sie auf keinen Fall koalieren. Aber die ersten technisch primitiven Umfragen und der allgemeine Eindruck ließen erwarten, dass die SPD das Rennen machen würde. Das entsprach der Erfahrung des Vor-Nazi-Zeit und der vermuteten prosozialistischen Präferenz der DDR-Bürger. Da sorgte die bundesdeutsche CDU/CSU für Ordnung. Scheinbar gegen ihre Überzeugung schmiedeten Kanzler Kohl und sein Generalsekretär Volker Rühle die «Allianz für Deutschland» aus den rechten Bürgerbewegungen (Demokratischer Aufbruch und

DSU) und der eigentlich als gestrig und belastet angesehenen CDU, die innerhalb von Wochen sich von der «Blockflöte» zur Vorreiterin der deutschen Einheit und der (kapitalistischen) Marktwirtschaft gemausert hatte. Der Wahlkampf bis zum 18. März war die Vorwegnahme der Einheit. Die Westparteien unterstützten massiv mit Personal, Material und Wahlrednern. Die Bonner Regierungspartei CDU hatte aber eine Trumpfkarte – sie konnte als Macher den Noch-DDR-Bürgern eine Zukunft ohne Experimente versprechen und dafür auch die wirtschaftspolitischen Weichen stellen. Denn die wirtschaftspolitische Kompetenz der Christdemokraten seit Ludwig Erhardt schien ihr wichtigstes Argument, auch wenn nicht wenige vor allem sahen, dass die CDU und ihre Schwesterpartei CSU am engsten mit der bundesdeutschen Wirtschaft verquickt waren.

Vor allem aber sorgte Kohl am 6. Februar für eine wirtschaftspolitische Entscheidung, die scheinbar den Osten von seinen Sorgen befreien sollte und die beste Basis für eine rasche deutsche Einheit sein konnte. Er versprach die rasche Währungsunion durch die Einführung der harten DM. Das brachte am 18. März der CDU/CSU den großen Sieg. Ihr plakatiertes «Keine Experimente» setzte sich durch und es wurde zugleich ein Plebiszit für jene Parteien, die eine mehr oder minder rasche deutsche Einheit erstrebten.

Unter dem CDU-Vorsitzenden und Rechtsanwalt Lothar de Maizière wurde die erst frei gewählte DDR-Regierung gebildet, eine Koalition von CDU, DA, DSU, Liberalen (DFP, BFD, F.D.P.) und der SPD. Noch versprach der neue Ministerpräsident einen Weg der DDR in die Einheit, der sich kritisch mit der ganzen Geschichte beider deutscher Staaten und ihrer Vorgeschichte auseinandersetzt: «In diesem Sinne ist unser Umbruch Teil eines revolutionären Erneuerungsprozesses in Osteuropa, der zugleich ein gesamteuropäischer und ein Weltprozess ist. Manche mögen meinen, dass er letztlich konterrevolutionär sei. Nach dieser 70jährigen Entwicklung des realen Sozialismus ist das «konter», das «gegen», eine Naturnotwendigkeit. Wer Sozialismus faktisch mit brutaler Parteidiktatur, Entmündigung der Gesellschaft, Staatseigentum an den Produktionsmitteln und mit zentralistischem Plandirigismus gleichsetzte, wer glaubte, mit solchen Mitteln eine gerechtere Gesellschaft schaffen zu können, der hat sich so gründlich geirrt, dass hier nur ein entschiedenes «kontra» möglich ist.

Wer aber glaubt, damit müssten wir uns auch von dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit, der internationalen Solidarität, der Hilfe für die Menschen in der eigenen Gesellschaft und in der ganzen Welt verabschieden, der irrt sich genauso. Wir betrachten die von uns angestrebte Form der Marktwirtschaft ohnehin nicht als Selbstzweck, sondern wir sehen in ihr eine natürliche, international bewährte, effektive Wirtschaftsform, die zugleich die Chance bietet, unseren moralischen Verpflichtungen in der eigenen Gesellschaft und in der Welt endlich in dem notwendigen Maße nachkommen zu können. Wir wollen arbeiten, leben und wohnen in einer ökologisch verpflichteten sozialen Marktwirtschaft.»²⁶

Die Realitäten erwiesen sich als komplizierter. Mit massiver westdeutscher Einmischung brachten die Volkskammerwahlen im März 1990 eine Entscheidung, auch wenn weder

²⁵ Bericht über den Besuch einer DDR-Regierungsdelegation unter Leitung von Hans Modrow in Bonn am 13./14. Februar 1990. In: Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987-1990. Berlin 1996, S. 308/309.

damals noch in Folge jemals das Volk in beiden deutschen Staaten nach der Einheit oder einer neuen Verfassung gefragt wurden. Im Weiteren wurde die Auseinandersetzung um den Weg in die deutsche Einheit, nach Art. 23 oder 146 des bundesdeutschen Grundgesetzes, nicht nach einer neuen DDR-Verfassung, zum springenden Punkt. Entsprechend wenig blieb von der DDR übrig, wenn die neuen Regierungsvertreter der DDR zu einem Zustand beitrugen, in dem allein die Bundesrepublik mit sich selbst verhandelte. Der Bonner Verhandlungsführer Wolfgang Schäuble konnte begeistert konstatieren: «im Gegensatz zu dem Ministerpräsidenten [de Maizière] ließ [DDR-Staatsekretär Günter] Krause nie den Drang verspüren, irgend etwas aus der alten DDR in das neue Deutschland retten zu wollen.»²⁷ Die DDR erhielt die harte DM und stürzte wirtschaftlich ab. Die Bürgerbewegungen brachten das SED-Regimes zum Einsturz, mussten aber einer Vorherrschaft der konservativen bundesdeutschen Parteien weichen, das Volk überwand eine kommandodirektive und paternalistische Fürsorgediktatur und bekam einen neoliberalen Kapitalismus, der seine östliche Konkurrenz beseitigte.

9. VON 4+2 ÜBER 2+4 ZUR NEUEN DEUTSCHEN GROSSMACHT

Die Einheit war 1989/90 nur mühsam die Herzenssache der Verbündeten der Bundesrepublik geworden. Namentlich Margaret Thatcher in Großbritannien sorgte sich um die wieder erstarkende Großmacht in der Mitte Europas. Auch Frankreich hatte zunächst eigene Vorstellungen, die gut mit zwei deutschen Staaten hätten verwirklicht werden können. Doch die Bundesrepublik erhielt von den USA Unterstützung und schien ein gesicherter und eingebundener Partner zu bleiben. Entscheidend war die uneingeschränkte Unterstützung Washingtons für den Kurs Kohls und das selbstbewusste Agieren Bonns gegenüber allen vermeintlichen Partnern. Das hatte schon die Noch-DDR zu spüren bekommen, die in die Verhandlungen um die Modalitäten der immer rascher angestrebten staatlichen Einheit eine klare Ansage – in diesem Fall durch Schäuble – bekam: «Liebe Leute, es handelt sich um einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, nicht um die umgekehrte Veranstaltung. Wir haben ein gutes Grundgesetz, das sich bewährt hat. Wir tun alles für euch. Ihr seid herzlich willkommen. Wir wollen nicht kaltschnäuzig über eure Wünsche und Interessen hinweggehen. Aber hier findet nicht die Vereinigung zweier gleicher Staaten statt. Wir fangen nicht ganz von vorn bei gleichberechtigten Ausgangspositionen an. Es gibt das Grundgesetz, und es gibt die Bundesrepublik Deutschland. Lasst uns von der Voraussetzung ausgehen, dass ihr vierzig Jahre lang von beiden ausgeschlossen wart. Jetzt habt ihr einen Anspruch auf Teilnahme, und wir nehmen darauf Rücksicht.»²⁸

Allein die USA sahen ihre Chance für eine Neuordnung Europas und der Welt nach der sowjetischen Kapitulation von Malta. Besonders Polen musste – obwohl eigentlich Vorreiter in der Überwindung des Kommunismus – erleben, dass auch das sich vereinigende Deutschland sich seiner offenen Rechnungen von 1945 erinnerte. Die erhoffte Einbindung des vereinten Deutschlands in ein größeres Vereintes Europa erwies sich als trügerisch. Dafür sorgte schon der Verlauf der Verhandlungen mit den einstigen Siegermächten um die Souveränität des vereinten Deutschlands, in dem allerdings auch

herauskam, dass nicht nur die DDR, sondern auch die BRD bis dato unter der Fuchtel ihrer jeweiligen Siegermächte gestanden hatte. Trotzdem, so schätzte der Westberliner Politikprofessor Ulrich Albrecht, damals Chef des Planungsstabes des DDR-Außenministeriums, ein, erlebte die DDR «im Verlauf der diplomatischen Prozesse, die zum 2+4-Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland ... führten, ... eine Abfuhr, im wörtlichen Sinne. Aus der von Hans-Dietrich Genscher durchgesetzten Formel '2+4', zwei deutsche Staaten würden sich im Verein mit den vier Siegermächten darum bemühen, die Folgen der friedlichen Revolte in der DDR außenpolitisch umzusetzen, ist nicht die in Bonn und Ostberlin zunächst befürchtete Entwicklung eingetreten, die Vier (Hauptsiegermächte) würden sich zu Lasten der ihre Vereinigung anstrebenden Deutschen einigen, in Wirklichkeit laute mithin die Formel '4+2'. Sondern es trat etwas anderes ein: die DDR, der andere deutsche Partner, verlor so vehement an Position, dass hilfweise die Formel '1+5' zur Illustration dieser Singularisierung (ein Genscher-Begriff) eingeführt wird. Machtpolitisch genaugenommen müsste eigentlich von '5+1' die Rede sein.»²⁹ Friedensdividende, Verabschiedung vom Krieg als politischem Mittel, gleichberechtigte und solidarische Beziehungen zu Osteuropa und der 3. Welt, hohe Sozialstandards, eine funktionierende Demokratie waren die Versprechungen und Erwartungen der Wende – keines davon wurde durch das vereinte Deutschland eingelöst. Eine imperialistische Macht ist heute wieder präsent und einflussreich.

10. WENDE-ENDE – GESCHICHTSPOLITIK

Der Herbst 1989 brachte für Deutschland und die Linken gravierende Einschnitte: Im Osten Deutschlands wurde ein Volk politisiert. Es eroberte sich den aufrechten Gang zurück für eine Erneuerung ihres Staates als ein demokratisch-sozialistisches Gemeinwesen. Ein Jahr später fand sich dieses Volk angeschlossen in der westdeutschen Bundesrepublik wieder. 1989 war das Jahr der Maueröffnung und des deklarierten Endes des Kalten Krieges, nachdem die Sowjetunion für sich weder Chance noch Sinn sah, Rüstungswettlauf und Balancieren am Rande der nuklearen Vernichtung fortzusetzen. Offizielle Geschichtserzählung, Erinnerungspolitik und Jubiläumsfeiern reduzieren die «friedliche Revolution» des Herbstes 1989 auf den Mauerfall: Nach 44 Jahren kommunistischer und 56 Jahren totalitärer Diktatur hätten die Ostdeutschen die kommunistische Diktatur abgeschüttelt und den Weg in die «heile Welt» der Bundesrepublik mit ihrer sozialen Marktwirtschaft und ihrer funktionierenden parlamentarischen Demokratie funden. Bei dieser Gelegenheit wird jedes linke, sozialistische Denken und Handeln in Geschichte und Gegenwart unter den Generalverdacht des Totalitarismus und der Menschenverachtung gestellt. Das Jahr 1989 wird immer noch als das Ende dieser Geschichte deklariert. Für die Linken kann eine solche Geschichtsschreibung jenseits der historischen Wahrheit und gegen die sozialistische Alternative zum Kapitalismus nicht das letzte Wort sein. Sie sollten

²⁶ Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR. In: ND vom 20. April 1990, S. 5. ²⁷ Wolfgang Schäuble: Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte. Hrsg. und mit einem Vorwort von Dirk Koch und Klaus Wirtgen. Stuttgart 1991, S. 141. ²⁸ Ebd., S. 131. ²⁹ Ulrich Albrecht: Von 4+2 zu 1+5? In: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004, S. 427.

im demokratischen Aufbruch der DDR-Bürger im Herbst 1989 den Versuch einer antistalinistischen Revolution sehen, der mit dem Thermidor der Grenzöffnung am 9. November durch die alte SED-Führung das Rückgrat gebrochen wurde. Durch den massiven Eintritt der westdeutschen politischen Klasse, ihrer Parteien und Institutionen, wurde der Fortgang dieser Revolution abgebrochen und zu einer kapitalistischen Restauration umfunktioniert. Die Charakterisierung der Ereignisse im Herbst 1989 als versuchte, wenn auch schließlich umfunktionierte antistalinistische Revolution mag manche Linke verunsichern, die allein die kapitalistische Restauration sehen. Wenn aber große Teile eines Volkes, wenn zudem große Teile der bisherigen kommunistischen Avantgardepartei, die bisherigen Machtverhältnisse in Frage stellen, ihre Führung in Staat und Partei zum Teufel jagen und versuchen, eine neue politische Struktur von unten nach oben aufzubauen, dann mag das Ergebnis – wie so oft in Revolutionen – nicht das gewünschte sein. Aber es bleibt eine Revolution, die an ihren Fortschritten und Niederlagen zu messen ist.

Die antistalinistische Revolution des Jahres 1989 verweist auf zwei zentrale Einsichten. Die DDR steckte 1989, wie der gesamte Ostblock, in einer tiefen Krise, die alle gesellschaftlichen Bereiche – Ökonomie, Ideologie, Öffentlichkeit und die Macht – erfasst hatte. Nach Reformverzicht und -unterdrückung in den späten 1960er Jahren standen grundlegende Veränderungen in einem Sozialismusmodell auf der Tagesordnung, das sich seit Stalin etabliert hatte, dass das Machtmonopol einer Partei und ihrer Führungsgruppe zementierte, das eine überbordende, willkürliche Sicherheitsdoktrin umsetzte, das eine demokratische Öffentlichkeit und Interessenvermittlung weitgehend ausschloss und nicht zuletzt auf Wirtschaftsreformen verzichtete. Dieses spätstalinistische System war nicht das des Hochstalinismus mit seiner hemmungslosen Repression. Aber als Struktur und Machtsystem funktionierte es in moderater Form weiter. Bürger wie Parteimitglieder spürten, dass ihre Meinung nicht gefragt war, ihr Mitwirken an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen verhindert wurde. Sie erlebten bei anderen und bei sich, dass abweichendes Verhalten immer noch zu Repressionen führte, dass demokratische Freiheiten, wie sie die DDR-Verfassung garantierte, nicht in der Praxis zu verwirklichen waren. Und an den in Richtung Westen geschlossenen und in Richtung Osten teilweise offenen Grenzen entzündete sich die Frage nach der Reisefreiheit. 1989 entlud sich das, was nicht erst seit 1968 in Osteuropa auf der Tagesordnung stand. Wer den Sozialismus wollte, musste die Emanzipation seiner Bürger sichern, sie mitreden lassen und umfassend informieren, wer eine effektive Wirtschaft als Grundlage für eine erfolgreiche Sozialpolitik umsetzen wollte, brauchte den Ansporn für die Interessen der Menschen und die politischen Regulationsmechanismen, um diese Interessen für die Gesellschaft zu bündeln. Die Reaktionen auf die Krise waren in der DDR unterschiedlich, nicht wenige, gerade jüngere Menschen wandten sich von ihrem Staat und seinen Idealen ab und suchten ihr Heil in der Ausreise. Die Hoffnungen auf die sowjetische Perestroika zerstoßen angesichts der Weigerung der SED-Führung, «von der Sowjetunion siegen zu lernen». Andere, meist außerhalb der SED stehende kritische Bürger, nicht zuletzt Intellektuelle, wollten sich mit Krise und Flucht nicht abfinden. Sie formierten sich unter dem Dach der

Kirche in Diskussionskreisen, um über Alternativen zu reden. Angesichts der Zuspitzung der Krise durch die Massenfluchten über Ungarns geöffnete Grenze und in Westbotschaften begriffen sie, dass nur ein Dialog helfen konnte, den die sprachlos gewordene SED-Führung verweigerte. Im Herbst 1989 wurden angesichts der Fälschung der Kommunalwahlen, der Fluchten und Ausreisen diese oppositionellen Kräfte aktiver, sie formieren sich zu Bürgerbewegungen und in den Parteistrukturen. Erst hier erst kam in die SED und in ihre Mitglieder wirklich Bewegung, auch wenn schon zuvor viele Genossen diskutiert und Intellektuelle sich für einen modernen Sozialismus eingesetzt hatten.

Ja, es war eine antistalinistische Revolution, denn die Bürgerbewegungen und die Bürger, die im September und Oktober auf die Straße gingen, wollten eine andere DDR, einen anderen Sozialismus – aber sie wollten ihre DDR behalten und zu den sozialistischen Idealen in demokratischen Strukturen zurückkehren. Mehrheitlich war für sie die deutsche Einheit oder der Kapitalismus keine Alternative. Sie fanden spät in nachdenklich und zunehmend aufmüppig werdenden SED-Mitgliedern Verbündete, die selbst in den Sicherheitsorganen begriffen, dass dieser Sozialismus nicht durch Gewalt, sondern nur durch eine Reform zu ändern war. Die Repressionen im Umfeld der Oktoberfeiern waren der letzte Tropfen, der bei ihnen und vor allem vielen Bürgern das Fass zum Überlaufen brachte. Sie wollten Veränderungen hier und jetzt. Das Handeln der Bürgerbewegungen und das Umdenken in der SED gaben jene Mischung ab, die der alten DDR und der alten SED ein Ende setzte. Die SED konnte als SED/PDS bzw. dann als PDS mit dem «Stalinismus als System» brechen. Zwar war es für die Rettung des Sozialismus und der DDR zu spät, aber es war der Versuch, mit der eigenen stalinistischen Vergangenheit revolutionär zu brechen und zu sichern, dass Linke mit ihren sozialistischen Ideen überleben und eine neue Chance bekommen konnten. Der Sturz der alten SED-Führung und die Rücknahme der Macht in die Hände des Volkes, am nachdrücklichsten in den vielen Vertrauensabstimmungen in den Betrieben und noch mehr in der Arbeit der Runden Tische, war der Erfolg dieses Herbstes 1989, war der Beginn einer kurzen Utopie im 41. Jahr der DDR, an dem sie sich am dichtesten an ihren Gründungsidealen wieder fand. Diese Revolution war nicht das Werk der SED oder auch nur ihrer kritischen Reformgeister. Aber ohne das Umdenken in der Partei, ohne die inhomogenen Reformkräfte in der SED wäre dieser Umbruch nicht möglich gewesen und wahrscheinlich niedergeschlagen worden. Mit der Maueröffnung verlor diese Revolution ihre Basis, was nicht bedeutete, dass wichtige Leistungen – vor allem die Arbeit der Runden Tische, des Zentralen Runden Tisches bis zur Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs vom 6. April 1990 mit seiner Vision einer demokratischen, souveränen, sozialen DDR, aber auch die Wirtschaftsreformversuche der Modrow-Regierung – erst dann geschahen. Die politische Stimmung in der DDR war inzwischen gekippt. Das Verhältnis von Bürgerbewegungen und SED-Reformern blieb misstrauisch und durch die schleppe Auflösung des MfS auf lange Zeit zerrüttet und feindselig. Vor allem aber dominierten in den Massenstimmungen nun die Sehnsucht und die Losung von einem Weg ohne Experimente in Gestalt der Übernahme der bereitwillig dargebotenen bundesdeutschen Vorzüge. Die Wahlen zur Volks-

kammer am 6. März brachten jene Kräfte in Verantwortung, die immer rascher bereit waren, die DDR preiszugeben und auf diesen Staat und einen erneuerten demokratischen Sozialismus ein für allemal zu verzichten.

Die Bilanz für die DDR-Bürger ist zwiespältig. Sie gewannen demokratische Freiheiten und Reisemöglichkeit, wurden Teil des stärksten und erfolgreichsten kapitalistischen Systems in Europa. Die abrupte Währungsunion ließ im Osten die Wirtschaft zusammenbrechen, über Nacht verloren die DDR-Bürger durch die Treuhand ihr Volkseigentum und oft auch die Arbeit. Selbsttragendes Wirtschaften war und ist nur schwer in Gang zu bringen, über Nacht waren alle Reformdiskussionen in der DDR obsolet geworden, nun galt bundesdeutsche Erfahrung und Recht. Was scherte da, dass Kohl im Sommer 1989 noch selbst mit seiner Regierung in der Krise steckte und in der Bundesrepublik die Forderung nach Reformen laut wurde. Nun war durch den Zusammenbruch der DDR das Westmodell das alleinige Referenzmodell – wer konnte das noch in Frage stellen. In der alten und nun größeren Bundesrepublik änderte sich durch Revolution und Restauration im Osten zunächst nichts. Im Laufe des Jahrzehnts sollte sich zeigen, dass der Osten Deutschlands zum Experimentierfeld der neoliberalen Wende geworden war. Der Angriff auf die Sozialstandards, die Ausschaltung der Tarifverträge, die Ausnutzung der Organisationsphobie der Ex-DDR-Bürger sorgten dafür, dass die Bürger sich im Osten als Bürger 2. Klasse fühlten, oft von Wessis kommandiert, die aber auch dafür sorgten, dass dieser Testlauf im Osten alsbald zum neuen neoliberalen Standard für ganz Deutschland werden sollte.

Den Ostdeutschen, den Deutschen, den Linken bleibt die Erfahrung, dass Krisen über Nacht zur Politisierung der Massen führen können. Es bleibt die Erinnerung, dass es wenig Mühe machen kann, diese Politisierung zu erreichen, dass es weit schwieriger ist, sie durch Organisation und Programm dauerhaft zu machen. Ihnen bleibt die Erfahrung, dass die ostdeutschen Linken in der Krise sich politisch neu zu organisieren vermochten in einer antistalinistischen linken Partei für den demokratischen Sozialismus, die um die Härte der Niederlage, um die sie verursachenden inneren Widersprüche, Fehler und Verbrechen wusste, die aber ihrem Ziel Sozialismus treu bleiben wollte. Und dass diese Partei die Kraft hatte, in der Krise des Neoliberalismus zum Katalysator einer gesamtdeutschen LINKEN zu werden.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Hannes Bahrmann/Christoph Links: Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989. Berlin 1994; dies.: Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR. Berlin 1995, 2. Aufl.
- Manfred Behrend/Helmut Meier (Hrsg.): Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation. Berlin 1991
- Rafael Biermann: Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang. Paderborn-München-Wien-Zürich 1997
- Stefan Bollinger: 1989 – eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR? Berlin 1999
- Ders.: (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004
- Ders.: Als die Verhältnisse tanzen lernten. Kalenderblätter einer abgebrochenen Revolution zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990. hefte zur ddr-geschichte. H. 89. Berlin 2004
- Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs (Hrsg.): Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. München 1998
- Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch. Berlin 2006
- Peter Förster/Günter Roski: DDR zwischen Wende und Wahl. Meinungsforscher analysieren den Umbruch Berlin 1990
- Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.): ... das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende. Münster 1999
- Volker Gransow/Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Die deutsche Vereinigung. Dokumente zur Bürgerbewegung. Annäherung und Beitritt. Köln 1991
- Gregor Gysi/Thomas Falkner: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED. Berlin 1990
- André Hahn: Der Runde Tisch. Das Volk und die Macht – Politische Kultur im letzten Jahr der DDR. Berlin 1998
- Annegert Hahn/Gisela Pucher/Henning Schaller/Lothar Scharsich (Hrsg.): 4. November <89. Der Protest Die Menschen Die Reden. Frankfurt/M.-Berlin 1990
- Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Berlin 1997
- Hans-Hermann Hertle: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates. Opladen 1996
- Lothar Hornbogen /Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Berlin 1999
- Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989-1990. Frankfurt/M. 1995
- Konrad H. Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.): Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR. Göttingen 1999
- Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949-1989). Teil I und II. Frankfurt/O. 1996
- Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009
- Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Honecker-Gorbatschow Vierau-

- gengespräche. Hrsg. und eingeleitet von Daniel Küchenmeister unter Mitarbeit von Gerd-Rüdiger Stephan. Berlin 1993
- Rainer Land/Ralf Possekel: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR. Bochum 1994
 - Dies.: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren. Berlin 1998
 - DIE LINKE: Der 60. Jahrestag der doppelten deutschen Staatsgründung 1949 und der 20. Jahrestag des Epochenumbruchs 1989. Erklärung der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE vom 1. Juli 2009 — www.die-linke.de/partei/weitere_strukturen/berufene_gremien/historische_kommission/erklarungen_und_stellungnahmen/der_60_jahrestag_der_doppelten_deutschen_staatsgruendung_1949_und_der_20_jahrestag_des_epochenumbruchs_1989/
 - Christoph Links/Sybille Nitsche/Antje Teffelt: Das wunderbare Jahr der Anarchie. Von der Kraft des zivilen Ungehorsams 1989/90. Berlin 2004
 - Charles S. Maier: Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus. Frankfurt/M. 1999
 - Patrik von zur Mühlen: Aufbruch und Umbruch in der DDR. Bürgerbewegungen, kritische Öffentlichkeit und Niedergang der SED-Herrschaft. Bonn 2000
 - Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan: Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980-1987. Berlin 1995
 - Dies.: Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen. Berlin 1996
 - Detlef Nakath/Gero Neugebauer/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): «Im Kreml brennt noch Licht». Die Spitzenkontakte zwischen SED/PDS und KPdSU 1989-1991. Berlin 1998
 - Erhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. Bonn 1998, 2. erw. Aufl.
 - Erhart Neubert: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008
 - Alexander von Plato: Die Vereinigung Deutschlands
 - ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle. Bonn 2002
 - Heinrich Potthoff: Die «Koalition der Vernunft». Deutschlandpolitik in den 80er Jahren. München 1995
 - Siegfried Prokop (Hrsg.): Die kurze Zeit der Utopie. Die «zweite» DDR im vergessenen Jahr 1989/90. Berlin 1994
 - Dirk Rochtus: Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des «dritten Weges» in der DDR 1989/90. Leipzig 1999
 - Charles Schüddekopf (Hrsg.): «Wir sind das Volk!» Flugschriften. Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution. Reinbek bei Hamburg 1990
 - Dieter Segert: Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR. Wien – Köln – Weimar 2008
 - Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): «Vorwärts immer, rückwärts nimmer!». Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89. Hrsg. und eingeleitet von Gerd-Rüdiger Stephan unter Mitarbeit von Daniel Küchenmeister. Berlin 1994
 - Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss/Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath (Hrsg.): Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch. Berlin 2002
 - Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang. 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999

- Uwe Thaysen (Hrsg.): Der zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. Wiesbaden 2000
- Umfassende Internet-Quellen für Dokumente aus der DDR 1989/90 finden sich unter <http://www.ddr89.de/> sowie <http://www.chronikderwende.de/>

VORSCHLÄGE ZUR DISKUSSION

- War der Sozialismus in Deutschland von Anfang an ohne Chance?
- Warum konnten Bürgerbewegungen und SED-Reform nicht zueinander finden?
 - — Warum konnte Bonn die Revolution enteignen?
 - — War eine antistalinistische Revolution notwendig?
- Welches Erbe sollten Linke aus dem letzten Jahr der DDR annehmen?
- Welche Rolle kann die nationale Frage für linke Politik spielen?
- Was konnte und was könnte die DDR in die Einheit einbringen?

INFOBLÖCKE MIT DOKUMENTENAUSZÜGEN

AUFBRUCH <89 – NEUES FORUM (10.9.1989)

In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört ... In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet, und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. [...] Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewusst handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. In: Wir sind das Volk. Aufbruch <89. mdv transparent. Teil 1: Die Bewegung. September/Oktober 1989. Halle 1990, S. 11/12.

FÜR EINE VEREINIGTE LINKE IN DER DDR – BÖHLER PLATTFORM (4.9.1989)

Wir wenden uns entschieden dagegen, dass politbürokratische Unterdrückung durch kapitalistische Ausbeutung «ersetzt» wird. In: Wir sind das Volk. Aufbruch <89. mdv transparent. Teil 1: Die Bewegung. September/Oktober 1989. Halle 1990, S. 10/11.

SICH SELBST AUS UNSERER GESELLSCHAFT AUSGEGRENZT

Berlin (ADN). Wie der Sprecher des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten mitteilte, sind die ehemaligen Bürger der DDR, die sich rechtswidrig in den Botschaften der BRD in Prag und Warschau aufhielten, über die Deutsche Demokratische

Republik in Zügen der Deutschen Reichsbahn in die BRD abgeschoben worden. Die DDR sah sich dazu aus humanitären Gründen veranlasst angesichts der in den BRD-Vertretungen entstandenen unhaltbaren Situation, die beim eventuellen Ausbruch von Seuchen auch Menschen der betreffenden Länder bedroht hätte. ... Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen. — Neues Deutschland, 2.10.1989

AUFRUF (ERKLÄRUNG) IM LEIPZIGER STADT- FUNK AM 9. OKTOBER 1989 AB 18 UHR

Bürger! Professor Kurt Masur, Pfarrer Dr. Zimmermann, der Kabarettist Bernd-Lutz Lange und die Sekretäre der SED-Bezirksleitung Dr. Kurt Meyer, Jochen Pommert und Dr. Roland Wötzel wenden sich mit folgendem Aufruf an alle Leipziger: Unsere gemeinsame Sorge und Verantwortung haben uns heute zusammengeführt. Wir sind von der Entwicklung in unserer Stadt betroffen und suchen nach einer Lösung. Wir alle brauchen freien Meinungs austausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land. Deshalb versprechen die Genannten heute allen Bürgern, ihre ganze Kraft und Autorität dafür einzusetzen, dass dieser Dialog nicht nur im Bezirk Leipzig, sondern auch mit unserer Regierung geführt wird. Wir bitten Sie dringend um Besonnenheit, damit der friedliche Dialog möglich wird. — Es sprach Kurt Masur. In: Neues Forum Leipzig (Hrsg.): Jetzt oder nie – Demokratie Leipziger Herbst '89. München 1990, S. 82f.

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS – VOR- WORT (29. 10. 1989)

Eine Wirtschafts- und Sozialreform kann ... nicht sofort beginnen, erst müssen neue politische Strukturen, Kräfte- und Machtverhältnisse konsolidiert werden, muss ein neues, lernfähiges und von einer breiten Mehrheit getragenes politisches System geschaffen sein. Wirtschaftsreformen ohne konsolidierten Umbau des politischen Systems, des Staates und der Parteien führen in eine offene eskalierende Wirtschaftskrise, wie Beispiele zeigen. Michael Brie/Rainer Land/Hannelore Petsch/Dieter Segert/Rosemarie Will: Studie zur Gesellschaftsstrategie. Bd. 1. Berlin 1989, S. 8/9.

KOMMUNIQUE DER 9. TAGUNG DES ZK DER SED (18. 10. 1989)

Am 18. Oktober 1989 trat das Zentralkomitee zu seiner 9. Tagung zusammen. <Zu Beginn ergriff Genosse Erich Honecker das Wort und bat, ihn aus gesundheitlichen Gründen von seinen Funktionen zu entbinden ... Auf Vorschlag des Politbüros wählte das Zentralkomitee Genossen Egon Krenz, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK, einmütig zum Generalsekretär des Zentralkomitees der SED ... Die Genossen Joachim Herrmann und Günter Mittag wurden von ihren Funktionen als Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED entbunden. — In: ND vom 19. Oktober 1989, S. 1.

EGON KRENZ AUF DER 9. TAGUNG DES ZK DER SED (18. 10. 1989)

Fest steht, wir haben in den vergangenen Monaten die gesellschaftliche Entwicklung in unserem Lande in ihrem Wesen nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlussfolgerungen gezogen. Mit der heutigen Tagung werden wir eine Wende einleiten, werden wir vor allem die politische und ideologische Offensive wieder erlangen ... Egon Krenz: Rede auf der 9. Tagung des ZK der SED. In: Beginn der Wende und Erneuerung. Berlin 1989, S. 12, 19/20.

ZEHN-PUNKTE-PROGRAMM VON BUNDES- KANZLER HELMUT KOHL VOR DEM BUNDESTAG (28. 11. 1989)

Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Wir wissen: Wirtschaftlichen Aufschwung kann es nur geben, wenn sich die DDR für westliche Investitionen öffnet, wenn sie marktwirtschaftliche Bedingungen schafft und privatwirtschaftliche Betätigungen ermöglicht. Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 11. Wahlperiode. Stenographische Berichte. 177. Sitzung vom 28. 11. 1989, S. 13508-13514

FÜR UNSER LAND (26. 11. 1989)

Unser Land steckt in einer tiefen Krise. Wie wir bisher gelebt haben, können und wollen wir nicht mehr leben ... Uns bleibt nur wenig Zeit, auf die verschiedenen Möglichkeiten Einfluss zu nehmen, die sich als Auswege aus der Krise anbieten. Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind. Oder wir müssen dulden, dass, veranlasst durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflussreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik Deutschland vereinnahmt wird. In: Carola Wuttke: «Für unser Land»: Entweder? – Oder! In: Stefan Bollinger (Hrsg.): Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe. Berlin 2004, S. 261.

REFERAT MICHAEL SCHUMANNS AUF DEM AUSSERORDENTLICHEN PARTEITAG DER SED/PDS (16. 12. 1989)

Die Bewegung zur Erneuerung des Sozialismus ist ihrem Wesen nach eine revolutionäre Bewegung. Die Politbürokraten verunglimpften den Aufbruch des Volkes als Konterrevolution und wollten ihn mit Gewalt unterdrücken. In Wirklichkeit waren sie in dieser Situation die Konterrevolutionäre. In: Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin. Berlin 1999, S. 179.

AMTLICHES ENDERGEBNIS DER WAHLEN ZUR 10. VOLKSKAMMER (18.3.1990)

— Stimmen — Mandate — Anteil

Wahlberechtigte —
— 12.426.192 — — 100,00 % —

Wähler —
— 11.604.190 — — 93,40 %

Davon gültige Stimmen/Anteil —
— 11.540.927 — — 99,50 %

Davon Stimmen/Mandate/Anteil

Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) — —
— 4.710.552 — 163 — 40,80 %

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
— 2.525.473 — 88 — 21,90 %

Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) —
— 1.892.329 — 66 — 16,40 %

Deutsche Soziale Union (DSU) —
— 727.716 — 25 — 6,30 %

Bund Freier Demokraten DFP-LDP-F.D.P Die Liberalen —
— 608.918 — 21 — 5,30 %

Bündnis 90 —
— 336.064 — 12 — 2,90 %

Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)
— 251.210 — 9 — 2,20 %

Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband (Grüne Partei – UFV) —
— 226.921 — 8 — 2,00 %

Demokratischer Aufbruch – sozial + ökologisch (DA) — —
— 106.146 — 4 — 0,90 %

National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) — —
— 44.296 — 2 — 0,40 %

Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD) —
— 38.190 — 1 — 0,30 %

Aktionsbündnis Vereinigte Linke (AVL) Die Nelken – VL —
— 20.340 — 1 — 0,20 %

Gültige Stimmen / Mandate – Gesamt —
— 11.540.927 — 400 — 100 %

www.wahlrecht.de/ergebnisse/volkammerwahl-1990.htm
Quelle: w.upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/3/34/Runder_tisch.png

Grundlinien und Standpunkte für eine Sozialcharta, Beschluss des Zentralen Runden Tisches (5.3.1990) – fast wortgleich auch Beschluss der Volkskammer (7.3.1990) Im Prozess der Herausbildung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten muss der soziale Besitz-

stand der Bürgerinnen und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik gewahrt bleiben ... In: Uwe Thaysen (Hrsg.): Der zentrale Runde Tisch der DDR. Wortprotokoll und Dokumente. Bd. IV: Identitätsfindung? Wiesbaden 2000, S. 964/965

GRUNDGESETZ DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IN DER FASSUNG, DIE BIS 1990 GÜLTIG WAR

Artikel 23 — [1] Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. [2] In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Artikel 146 — Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949. Historisch-synoptische Edition 1949-2006. Thomas Fuchs (Hrsg.). Mannheim 2008 – http://lexetius.com/GG/Inhalt

REGIERUNGSERKLÄRUNG DES MINISTERPRÄSIDENTEN DER DDR LOTHAR DE MAIZIÈRE (19.4.1990)

Der Wählerauftrag, dem die Regierung verpflichtet ist, fordert die Herstellung der Einheit Deutschlands in einem ungeteilten, friedlichen Europa. Diese Forderung enthält Bedingungen hinsichtlich Tempo und Qualität. Die Einheit muss so schnell wie möglich kommen, aber ihre Rahmenbedingungen müssen so gut, so vernünftig, so zukunftsfähig sein wie nötig ... Große Regierungserklärung des Ministerpräsidenten de Maizière auf der 3. Tagung der Volkskammer. In: Außenpolitische Korrespondenz (Hauptabteilung Presse des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR). Nr. 11/12 vom 23. April 1990, S. 85 ff.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AFNS — Amt für nationale Sicherheit Art. — Artikel BArch-SAPMO — Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im — Bundesarchiv/vormals Zentrales Parteiarchiv der SED Bd. — Band BFD — Bund Freier Demokraten BRD — Bundesrepublik Deutschland CDU — Christlich-Demokratische Union CSU — Christlich-Soziale Union DA — Demokratischer Aufbruch DBD — Demokratische Bauernpartei Deutschlands DDR — Deutsche Demokratische Republik ders. — derselbe DFP — Deutsche Forumpartei DM — Deutsche Mark DSU — Deutsche Soziale Union Ebd. — Ebenda F.D.P. — Freie Demokratische Partei FDGB — Freier Deutscher Gewerkschaftsbund FDJ — Freie Deutsche Jugend Hrsg. — Herausgeber KPdSU — Kommunistische Partei der Sowjetunion LDPD — Liberaldemokratische Partei Deutschlands M. — Main mdv — Mitteldeutscher Verlag MfS — Ministerium für Staatssicherheit NBI — Neue Berliner Illustrierte ND — Neues Deutschland, Berlin NDPD — Nationaldemokratische Partei Deutschlands PDS — Partei des Demokratischen Sozialismus S. — Seite SDP — Sozialdemokratische Partei SED — Sozialistische Einheitspartei Deutschlands SPD — Sozialdemokratische Partei Deutschlands USA — United States of America ZAIG — Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe ZK — Zentralkomitee

IMPRESSUM

KONTROVERSE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
REDAKTION Marion Schütrumpf-Kunze · Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel.: 030 44310-127 · Fax -122 · m.schuetrumpf@rosalux.de · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)



